

# Die Botschaft

AZ 5312 Döttingen  
Fr. 1.80

Montag, 25. März 2019  
Nr. 35

redaktion@botschaft.ch  
Tel. 056 269 25 25



Die Zeitung für das Zurzibiet und angrenzende Gemeinden



Bundespräsident Ueli Maurer auf Stippvisite im Zurzibiet.



Markus Dieth, der sich hier an seine Podiumsmitstreiter wendet, sieht in der AHV-Steuervorlage eine vernünftige Lösung, die für die Kantone finanziell stemmbar sei.

## Bundespräsident Maurer wirbt für ein Ja

Das überparteiliche Aargauer Komitee «Ja zur AHV-Steuervorlage» hat am Freitagabend zur öffentlichen Podiumsdiskussion geladen. Das Einstiegsreferat hielt Bundespräsident Ueli Maurer.

**KLEINDÖTTINGEN** (tf) – «Mit der AHV-Steuervorlage haben wir eine Lösung, zu der man Ja sagen kann. Sie entspricht vielleicht nicht in allen Punkten dem, was wir erwartet haben, aber einen besseren Kompromiss kriegen wir momentan nicht.» Bundespräsident Ueli Maurer machte im Rahmen seines Besuchs in Kleindöttingen am Freitagabend kein Geheimnis daraus, dass er klar hinter der AHV-Steuervorlage steht, die am 19. Mai 2019 vors Volk kommt. Und er betonte, dass die Frage nicht sei, ob man die AHV sanieren wolle oder nicht, im Kern gehe es nur noch um die Frage nach dem Wie. Jeden Monat, so Maurer, würden aktuell 140 Millionen Franken mehr aus der AHV-Kasse ausbezahlt als eingenommen werden. Das sei kein Zustand, denn, wenn das so weitergehe, dann sei die entsprechende Kasse spätestens in der ersten Hälfte der 2030er-Jahre leer.

### Zwei Fliegen mit einer Klappe

Wer sich mit dem Inhalt der Volksabstimmung vom 19. Mai bereits befasst hat, wird wissen, dass es bei der Vorlage zum Bundesgesetz über die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) nicht nur um die AHV, sondern, wie der Name schon

andeutet, auch um eine Steuerreform geht. Heute bestehende (und international nicht mehr akzeptierte) Steuerprivilegien für sogenannte Statusgesellschaften – oft handelt es sich dabei um Tochtergesellschaften von vornehmlich international tätigen Unternehmen – sollen aufgehoben werden. Wie das geschehen soll? Zum einen sollen solche Statusgesellschaften in Zukunft höhere, aber gerade noch verkraftbare Steuern bezahlen, gleichzeitig sollen Schweizer Firmen leicht tiefere Steuern bezahlen. So würden in der Schweiz künftig für praktisch alle Unternehmen – für Grosskonzerne wie für KMU – die gleichen Besteuerungsregeln gelten. Ausserdem sollen mit der Vorlage, damit die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt, Investitionen in Forschung und Entwicklung mit neuen steuerlichen Sonderregelungen gefördert werden.

Insgesamt verschafft die Vorlage der AHV laut Parlament und Bundesrat jährlich über zwei Milliarden Franken an zusätzlichen Einnahmen. Damit könnte die Ausgangslage der Kasse etwas entschärft werden, wenn auch eine strukturelle und umfassende Reform der AHV unumgänglich bleibt.

### Kompromiss oder doch Kuhhandel?

Die Tatsache, dass gegen das Bundesgesetz über die STAF, das am 28. September 2018 durch das Parlament verabschiedet wurde, erfolgreich das Referendum ergriffen wurde, zeigt, dass nicht alle auf der ganzen Linie überzeugt sind von der neu ausgehandelten Lösung. Während Bundespräsident Ueli Maurer von einem «typisch schweizerischen Kompromiss» spricht, reden die Gegner der Vorlage von einem nicht akzeptablen Kuhhandel, einem unzulässigen «Päckli». Es würden mit dem Gesetz, so der Vorwurf, zwei Themen miteinander verknüpft, die nichts miteinander zu tun hätten. Ausserdem, so ein weiterer Vorwurf, werde mit der Vorlage die Lösung der AHV-Frage erneut auf die lange Bank geschoben. Anstatt die Herausforderung AHV im Kern und grundsätzlich anzugehen – und auch schwierige Fragen wie eine Erhöhung des Rentenalters zu diskutieren – weiche man wieder einmal aus.

Der Vollständigkeit halber sei vielleicht ergänzt, dass die nun zur Abstimmung kommende Steuerreform und AHV-Finanzierung eine unmittelbare Reaktion war auf die Ablehnung sowohl der Unternehmenssteuerreform III wie

auch der Reform der Altersvorsorge 2020 im Jahr 2017. Da der Reformbedarf trotz der beiden Nein weiterhin bestand, arbeiteten Parlament und Bund in kurzer Zeit als Alternative die STAF aus.

### Das Pro-Komitee weibelt

Wie bereits angedeutet, kommt sie nicht bei allen gut an. Allerdings gibt es auch leidenschaftliche Befürworter, die den Gegenargumenten wenig abgewinnen können. Zu den Befürwortern gehört auch das überparteiliche Aargauer Komitee «Ja zur AHV-Steuervorlage», das am Freitagabend zum genannten Abend geladen hatte. Für das Komitee markierten die öffentliche Podiumsdiskussion und das Referat von Bundespräsident Maurer den Auftakt in die «heisse Phase des Abstimmungskampfes».

Das Komitee begnügte sich jedoch nicht damit, nur die Befürworter sprechen zu lassen. Das durch AZ-Politikchef Mathias Küng geführte Podium berührte verschiedenste Aspekte des Themas und kann als wertvoller Beitrag zur Diskussion bewertet werden. Zudem hat es mehrere der Podiumsteilnehmer aus den Reserven gelockt und zu pointierten Stellungnahmen gezwungen.

### Das sagen die Politiker

Rund 60 Personen kamen am Freitagabend an die Podiumsdiskussion im Gebäude der Brugg Rohrsystem AG. Mit Interesse verfolgten sie das Einstiegsreferat von Bundespräsident Ueli Maurer. Für ein Schmunzeln sorgte Bundesrat Maurers Kommentar, dass es doch gar nicht so schweizerisch sei, Nein zu sagen. Er empfahl daher eine Annahme des Gesetzes und schob nach: «Wenn Sie ein Auge zudrücken müssen, um der Vorlage ein Ja geben zu können, dann machen sie das. Ein Nein wäre in jedem Fall schlechter für die Schweiz.»

\*\*\*

Bereit, ein Auge zuzudrücken, ist auch FDP-Nationalrat Thierry Burkart. Konfrontiert mit dem Vorwurf, hier zu einem Kuhhandel Ja zu sagen, erklärt er, dass er es sich in der Tat lange habe überlegen müssen. Dann sei er aber doch zum Schluss gekommen, dass ihm ein Kuhhandel lieber sei als gar nichts. Es drohe die schwarze Liste. Die Schweiz werde betreffend ihres Umgangs mit den Statusgesellschaften international stark unter Druck gesetzt, es gehe immerhin um 24000 Gesellschaften und 150000 Mitarbeiter.

\*\*\*

Von den möglichen grossen Auswirkungen eines Neins spricht in der Podiumsdiskussion auch Unternehmer Hans-Jörg Bertschi. Obwohl er durch das neue Bundesgesetz aus finanzieller Sicht eher nachteilig betroffen wäre, plädiert er für ein Ja. «Wir brauchen dringend eine Lösung und müssen aufpassen, dass wir keine falsche Weichenstellung machen. Es geht um die Zukunft von Arbeitsplätzen.»

\*\*\*

Falsch wäre die Weichenstellung für SVP-Nationalrat Thomas Burgherr, wenn es ein Ja gäbe. Mit den steuerlichen Aspekten des Gesetzes kann er sich zwar durchaus anfreunden, ein Problem aber hat er mit dem Umgang der AHV-Frage. Hier werde die Lösung weiter hinausgeschoben, dabei lägen Rezepte bereits heute vor. Als Stichworte nennt er die Angleichung der Rentenalter, eine Pensionierung erst mit 67 oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

\*\*\*

Für Robert Obrist, Grossrat der Grünen, drängt die Zeit indes nicht allzu sehr. Er ist dagegen, dass hier eine Steuer- und ein AHV-Vorlage miteinander verknüpft wird. «Wir haben die Zeit, es braucht zwei getrennte Vorlagen.»

\*\*\*

Eine Meinung, die GLP-Nationalrat Beat Flach teilt. Er ist überzeugt davon, dass zu den Fragen «Steuerreform» und «Altersreform» unterschiedliche Personen gemeinsam an einen Tisch sitzen müssten. Mit der kommenden Abstimmung aber würden die Themen vermischt.

\*\*\*

Für den Aargauischen Landstätthalter Markus Dieth ist das kein grundsätzliches Problem. «Schadet diese AHV-Steuervorlage irgendjemandem? – Nein, es wird niemand wirklich darunter leiden.» Zusammen mit Nationalrat Burkart wünscht sich Dieth möglichst bald Rechtssicherheit für Unternehmen. Ausserdem erhofft er sich, dass mit einem Ja, dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen entgegenwirkt werde.



Bevor am Freitagabend politisch diskutiert wurde, ging es für Interessierte auf einen Betriebsrundgang bei der Brugg Rohrsystem AG. Ivan Zulauf führte ein in die Welt der flexiblen und starren Rohrsysteme.